Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugspreise vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 13 b. 8–6, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hauptstr. 8, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Inseraten wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncen-Expeditionen an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 47,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, Dresden.

Dresden, 1888.

Neueste Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Decbr. (Wochenbericht.) Weizen unv., loco 171—180, Decbr. 180,50, April-Mai —,—. Roggen unv., loco 145—151, Decbr. 150,00, April-Mai 153,50. Pommerscher Hafer loco 133—137. Rüböl matter. December 60,00, April-Mai 57,50. Spiritus matter, loco ohne Faß 50er 52,70, 70er 33,50, Decbr.-Jan. 70er 32,20, April-Mai 35,30. Petroleum loco verzollt —.

Breslau, 6. Decbr. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Ltr. 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Decbr. 51,80, Decbr.-Januar —,—, April-Mai 54,00, do. do. 70 M. Decbr. 32,40, Decbr.-Januar —,—, April-Mai 34,50. Roggen per Decbr. 154,00, April-Mai 157,00, Mai-Juni —,—. Rüböl Decbr. 63,00, April-Mai 62,00. — Zink unfestes. — Wetter: Nebel.

N. Salm, Spezial-Fabrik geprägter Siegel-Marken
Plauen b. Dresden, Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluß 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel und Gravir-Arbeiten jeder Art.

Kerzen-Kronleuchter,
Petroleum-Lampen.
Julius Schädlich,
40 Am See 40.

Lederwaaren-Specialität!
Grösste Auswahl
in Portemonnaies, Cigarrenetuis, Brieftaschen, Damentaschen, Reisetaschen etc., Photographie-Albums.
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2, nächst dem Altmarkt.

Weihnachts-Ausstellung. Grossartige Neuheiten. Hofl. **Hoffmann's Bazar,** Seestr.

Nr. 342. Spiegel: Fürst Bismarck's Duldsamkeit, Kriegervereine, Heeres-Etat-Berathung. Hofnachrichten, Neue Heer- und Wehrordnung. Verein für Arbeitercolonien, Armenpflege, Weihnachtsschau. Gerichtsverhandlungen. Philharmonisches Concert. | **Freitag, 7. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

„Wer sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt ist, wird in dem Maße, in welchem Alter und Erfahrung seine Kenntnisse der Menschen und Dinge erweitern, duldsam für die Meinung Anderer." Mit diesem schönen Ausspruch schmückte der Reichskanzler Fürst Bismarck sein Dankschreiben an die hessische Universität Gießen, die ihn kürzlich ehrenhalber zum Doktor der Theologie ernannt hatte. Letztere Auszeichnung war dem Fürsten Bismarck dafür verliehen worden, daß er als preußischer Ministerpräsident die Berufung Dr. Harnacks, eines Vertreters der vermittelnden Theologie, von der Gießener an die Berliner Hochschule durchgesetzt hatte. Hiegegen waren die Hauptähne der orthodoxen Unduldsamkeit mit allem Glaubenseifer aufgetreten. Ueberall da jedoch, wo man in deutschen Landen die Bewährung werkthätigen Christenthums höher stellt, als die Buchstabengläubigkeit, erweckte die Berufung Dr. Harnacks nach Berlin freudige Zustimmung. Fürst Bismarck ließ sich, als er den Widerspruch der so mächtigen und sonst unwiderstehlichen Orthodoxie bei Seite schob, gewiß auch von politischen Gesichtspunkten mit leiten. Die geschichtliche Erfahrung lehrt es an Hunderten von Fällen, daß es nicht gerathen ist, der Orthodoxie einen großen Einfluß auf die Staatsleitung und Staatsgeschäfte einzuräumen; denn sie ist kurzsichtig; in ihrer Beschränktheit und leidenschaftlichen Verbissenheit geht ihr der freiere Blick für die höheren und allgemeinen Interessen ab. Sie führt zu Verfolgungen und Zänkereien, über denen die Wahrnehmung des Staatswohls zu kurz kommt; vor Allem entfremdet sie in ihrer kalten Unduldsamkeit das Volksgemüth der Staatsleitung. Es war daher wohlgethan, daß in Preußen der Orthodoxie gesagt wurde, daß es eine Grenze giebt, vor der ihre Herrschaftsgelüste Halt zu machen haben. Möge das preußische Beispiel nicht für andere Staaten, die auch von den Machtansprüchen der Orthodoxie zu leiden haben, verloren sein! Das schöne Bismarck'sche Wort von der Duldsamkeit gegen Andersdenkende ist eine Umschreibung eines französischen Sprichwortes: Alles wissen heißt Alles verzeihen. Bismarck erweitert es jedoch in freundlichster Weise, indem er von sich selbst sagt, daß er seiner eigenen Unzulänglichkeit bewußt geworden sei durch die Erfahrungen, die ihm, dem Alternden, das Leben nahelegte. Ein Ausdruck der Bescheidenheit, der dem großen Mann zur Ehre gereicht! Uebrigens liegt die Frage nahe, ob sich die Mahnung des Fürsten Bismarck zur Duldsamkeit gegen die Meinung Anderer blos auf das religiöse Gebiet (hier ist sie allerdings am allernothwendigsten) oder auch auf das politische erstrecken soll? Die Folgerichtigkeit verlangt auch das Letztere. Schwer freilich wird es dem Politiker gemacht, die Meinung Anderer gelten zu lassen. Die Wuth der politischen Gegner stellt auch das versöhnlichste Gemüth auf harte Proben.

Mit welchem Hasse stürzten sich im Reichstage die Deutschfreisinnigen und die Sozialdemokraten auf die Kriegervereine! Zu diesem Behufe behauptete u. A. der Abg. Rickert auch, daß eine Königl. Kabinetsordre bestehe, welche die Bezirkskommandos auffordert, die Kriegervereine durch die Bezirksoffiziere überwachen zu lassen. Der Kriegsminister v. Bronsart lehnte die Beantwortung der Frage nach dem Vorhandensein einer solchen Ordre in öffentlicher Reichstagssitzung ab, hat aber nachher unterderhand erklärt, daß eine solche Königl. Kabinetsordre nicht bestehe. Wozu sollte sie denn auch nöthig sein? Die Kriegervereine halten von selbst, aus freien Stücken darauf, daß sich nicht Elemente in sie hineinschmuggeln, welche der Pflege königstreuer Gesinnung entgegenwirken. Die Beschwerden der Deutschfreisinnigen und der Sozialdemokratie über die Kriegervereine beruhen auf einer Verwechselung zwischen Politik und Patriotismus. In dem Sinne, wie jene Herren die Kriegervereine als politische Vereine tadeln, sind schließlich alle Vereine mehr oder weniger politisch. Man könnte ebenso alle Gesangsvereine, wenn sie vaterländische Lieder singen, politische nennen und die Theater politische Anstalten, wenn sie patriotische Stücke aufführen. Wenn die Kriegervereine patriotische Gesinnung pflegen und die Leute, die ihre Mitglieder werden wollen, darauf hin ansehen, ob sie zu ihnen passen, so sind sie in ihrem Rechte. Es zwingt ja sie Niemand, einzutreten. Wenn aber Herr Bebel die ungehinderte Zulassung von Sozialdemokraten in die Kriegervereine als das gute Recht Jener forderte und dies damit begründete: man ziehe sie ja zum Militärdienst heran, folglich müsse man sie auch in die Kriegervereine aufnehmen, so ist dies ein drolliger Trugschluß. Giebt Herr Bebel nur den Kriegervereinen die disziplinarischen und erzieherischen Mittel, über die unsere Armeeleitung verfügt, so könnten dann seine rothen Freunde ungefährdet den Kriegervereinen zur weiteren Erziehung überwiesen werden.

Einen guten Theil des 2. Tages der Verhandlungen über den Heeres-Etat füllten die berechtigten Wünsche nach einer verbesserten Rechtspflege bei den Militärgerichten und die Frage des Bezugs der Naturalverpflegung des Heeres aus. In letzterer Beziehung sprach der sächs. Abg. Dr. v. Frege im Namen der deutschen Landwirthe den Dank gegen die Militärverwaltung aus, daß diese sich immermehr vom Zwischenhandel befreit und die Bedürfnisse des Heeres nach Getreide und Fourage unmittelbar von den Landwirthen bezieht. Einzelne Intendanturen hatten sich gewöhnt, weil es die Buchhaltung erleichtert, den großen Bedarf des Heeres an Getreide und Fourage von einigen wenigen Großkaufleuten zu beziehen. Die jetzige Entnahme von einer größeren Anzahl Bauern ist umständlicher, aber sie dient der Allgemeinheit besser. Der Kriegsminister erkannte ausdrücklich an, daß die Intendantur die besten Erfahrungen mit dem unmittelbaren Bezug von den Landwirthen gemacht habe. Es wird bessere Waare für das Heer geliefert und diesen Vortheil sollte man nicht so obenhin behandeln, wie Eugen Richter im Interesse seiner Geschäftsfreunde an der Börse, der bekannten Berliner Lieferanten, that. Bei der Viktualienverpflegung des Heeres brachte der Antisemit Dr. Böckel eine Anzahl Fälle von schlechten Lieferungen zur Sprache. Magermilch war für Vollmilch geliefert, alte Nudeln unter neue gemischt worden, etwas Aehnliches war beim Kaffee vorgekommen. Dr. Böckel wollte nicht sagen, welcher Nationalität diese Fälscher sind, um nicht den Vorwurf religiöser Hetze auf sich zu laden. Groß war das Verzeichniß nun gerade nicht zu nennen, was Dr. Böckel vorbrachte; aber es war doch sein gutes Recht als Volksvertreter, solche Vorkommnisse zu rügen. Eugen Richter fuhr den Dr. Böckel wüthend an. Große Ehre hat der brave Eugen damit nicht eingelegt. Den einzig korrekten Standpunkt nahm der Kriegsminister in dieser Frage ein: er sagte strenge Untersuchung der vorgekommenen Ungebührnisse und Abstellung der Beschwerden zu. Uebrigens ist es gleichgiltig, ob Betrügereien von Christen oder Juden verübt werden; sie sind in beiden Fällen verwerflich und zu bestrafen.

Dankenswerth in jeder Richtung war die Anregung des sächs. Abgeordneten Dr. Götz zu dem Militär-Erziehungs- und Bildungswesen. Der Oberturnwart des Deutschen Reichs ist schon seit Jahren bemüht, die Turnsache zu fördern. Er weiß am besten, wie wenig heutzutage noch in der Schule für die leibliche Gesundheit geschieht. Die zwei Turnstunden in der Woche genügen nicht, dem Heere ein geübtes Rekrutenmaterial zuzuführen. In dem Bewußtsein, einer guten Sache als Herold zu dienen, fand der beredte Anwalt der Turnerei treffliche Worte, das Mangelhafte unserer jetzigen Erziehung zu geißeln. Unsere Jünglinge, rief Dr. Götz, sind schlaffer, sind verwöhnter, als früher, sie sind nicht mehr so frisch. Die vielbeklagte Ueberbürdung der Jugend hat darin ihre Hauptursache. Dr. Götz beklagte es, daß man in Deutschland das Turnen bis jetzt noch immer nicht genügend als militärische Vorbildung würdigt. Die Turnsache wird in Deutschland von oben her durchaus nicht so gefördert, wie etwa in Frankreich. Von unseren 4000 Turnvereinen muß eine ganze Reihe in kümmerlichster Weise ihre Arbeit pflegen. Man verweigert den Vereinen die Schulen; man zwingt sie, in's Wirthslokal zu gehen. Zur kräftigen Hebung des Turnwesens hatte Dr. Götz selber angeregt, daß man die militärische Dienstzeit solcher Mannschaften, die sich turnerisch auszeichnen, abkürze. Das geht aber aus Gründen des militärischen Dienstes nicht an, wie sich Dr. Götz selbst überzeugt hat. Doch meinte er, könnte man bei der Beurlaubung auf die turnerische Tüchtigkeit der Mannschaften größere Rücksicht nehmen. Nicht minder praktisch erscheint der Vorschlag des Dr. Götz, die einjährig-freiwillige Prüfung auch auf das Turnen zu erstrecken und sich nicht blos mit der geistigen Dressur, dem berühmten Reifezeugniß für Obersekunda, zu begnügen. Das ist für die zukünftigen Reserve-Offiziere von Wichtigkeit. Dr. Götz schloß seine beredten Ausführungen mit folgenden Worten: Ein obligatorisches Turnen wäre für das ganze Volk von größter Wichtigkeit, damit dieses in seiner körperlichen Gesundheit gekräftigt werde. Wir brauchen überall Spielplätze, Turnstätten für Schulen und Universitäten und einen moralischen Zwang wenigstens, daß unsere Jugend ihre Kraft zum Dienste des Vaterlandes stähle. Der Kriegsminister erkannte an, daß die Heeresverwaltung vollständig die Verpflichtung fühle, die ihr übergebenen Leute auch körperlich für das spätere Leben zu kräftigen. Ebenso sei es natürlich höchst wünschenswerth, daß die jungen Leute dem Heere turnerisch ausgebildet zugeführt werden; denn die Gymnastik stählt gleichmäßig den Körper, wie die Willenskraft. Leider aber könne die Heeresverwaltung wenig thun, daß das Turnen in den Volksschulen eifriger gepflegt würde. Nun, so einflußlos ist sie denn doch nicht.

Neueste Drahtberichte der „Dresdner Nachr." vom 6. Dec.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Deutsch-schweizerischer Handelsvertrag und Vorlage betr. die Vorarbeiten für das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. Auf der Tagesordnung: Erste Berathung des Gesetzentwurfes betr. die Alters- und Invaliditätsversorgung der Arbeiter. Staatssekretär v. Bötticher verzichtet auf eine besondere Empfehlung der Regelung dieser Frage, nachdem der Reichstag bereits die übrigen sozialpolitischen Gesetze beschlossen hat. Der jetzige Entwurf habe eine Reihe von Vorstadien durchlaufen und eingehende Kritik gefunden, die nutzbar gemacht worden sei. Die Regierung sei den Männern der Wissenschaft und der Praxis, welche den Entwurf einer Kritik unterzogen, dafür dankbar. Häufig habe sich die Kritik freilich auf Einzelheiten beschränkt, ohne dieselben in ihrem Zusammenhang zu berücksichtigen. Die Wohlthaten des Gesetzes sollen auf die ganze gegen Lohn beschäftigte Arbeiterschaft ausgedehnt werden. Die verbündeten Regierungen waren der Meinung, daß die Alters- und Invaliditäts-Versicherung gar nicht anders als in der vorgeschlagenen Ausdehnung billig und zweckmäßig durchgeführt werden könne. Es wäre bei einem Zuschusse des Reiches unbillig, einzelne Kategorien der Arbeiter von der Versicherung auszuschließen. Nach der Vorlage würden 13½ Millionen Arbeiter versichert. Die Regierung habe die Altersversicherung neben der Invaliditätsversicherung festgehalten, weil es etwas Beruhigendes habe, sich für das Alter gesichert zu wissen. Die Rente sei vielfach als zu niedrig bezeichnet worden. Aber es sei doch richtiger, mit einer niedrigen Rente zu beginnen, die immer noch erhöht werden könne, wenn sich zeige, daß die dadurch für die betr. Kreise erwachsenden Lasten wirklich getragen werden können. Die Rente sollte ursprünglich eine gleiche sein; darüber sei vielfach geklagt worden, und dieser Klage sei neuestens Rechnung getragen worden, indem Ortsklassen aufgenommen würden. Es heißt, daß aus dem Hause an Stelle dieser Ortsklassen Lohnklassen vorgeschlagen werden sollen. Er halte diesen Gedanken für sehr diskutabel. Ueberhaupt halte die Regierung diesen Entwurf nicht für ein noli me tangere. Aber die Lohnklassen würden doch eine wesentliche Vermehrung der Geschäftslast mit sich bringen und noch zahlreiche andere Schwierigkeiten hervorrufen; so würden u. A. die Beiträge von den Schwankungen der Lohnverhältnisse abhängig gemacht. Eine Herabsetzung der Altersgrenze, zu welcher die Altersversorgung eintreten soll, auf das 60. Lebensjahr würde 38 Proz. Zuschlag zu den Leistungen beanspruchen, statt jetzt nur 4 Proz. Nicht um eine bloße Verbesserung der Armenversorgung handle es sich, wie von den Gegnern behauptet wird, da die Versicherung den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf Versorgung gewähre. Der Reichszuschuß rechtfertige sich aus der hohen sozialen Bedeutung der Vorlage und aus der theilweisen Entlastung, die dem Staate und den Communen infolge der Versicherung zu Theil werde. Das Umlageverfahren, wie es bei der Unfallversicherung besteht, würde für die Alters- und Invaliditäts-Versicherung große Bedenken haben. So bringe es ein beständiges Anwachsen der Beiträge mit, was Unzufriedenheit im Gefolge haben müsse. Unbenützt würden die angesammelten Kapitalien nicht bleiben, und es würden sich Wege ausfindig machen lassen, es gerade für diejenigen Kreise nutzbar zu machen, aus denen es zusammengeflossen ist. Die Kapitalien würden sich in 12 Jahren auf 2½ Millionen belaufen; die bei Kirchen, Stiftungen 2c. angesammelten Kapitalien seien viel höher, ohne daß daraus ein wirthschaftlicher Nachtheil zu Tage getreten sei. Was die Organisation anlange, so würde es die preußische Regierung gern gesehen haben, wenn die Berufsgenossenschaften auch für die Alters- und Invaliditätsversicherung hätten festgehalten werden können. Aber Eines schicke sich nicht für Alle. Zudem seien noch lange nicht alle Arbeiter-Kategorien berufsgenossenschaftlich organisirt. Die Alters- und Invalidenversicherung auf die Krankenkassen zu basiren, empfahl sich nicht, da dieselben außerordentlich veränderlich seien. Die mehrseits empfohlene Reichsversicherungsanstalt würde sehr theuer und komplizirt werden. Das in der Vorlage vorgesehene Markensystem zur Bescheinigung der Beitragszahlungen sei bemängelt worden. Es erschien den Regierungen als das Einfachste; aber wenn bessere Vorschläge gemacht werden können, so werden diese gern Berücksichtigung finden. Es sei Vorsorge getroffen worden, daß das Quittungsbuch nicht zu anderweiten Eintragungen benutzt werden kann. Eine Bescheinigung über die geleisteten Beiträge müsse doch erfolgen, sonst setze man ja gradezu eine Prämie auf die Faulheit und Arbeitsscheu. Die Vorlage beanspruche nicht, die beste Lösung des Problems zu sein. Es sei ein großes Werk, an dessen Lösung herangetreten werde. Hätte der große Kaiser, dessen Botschaft die sozialpolitische Reform anregte, das Zustandekommen dieses Werkes erleben können, es wäre die schönste Freude seines Lebens gewesen. Dasselbe gelte von dem edlen Kaiser Friedrich, und unser jetziger Kaiser ersehne mit den deutschen Fürsten die Lösung dieses großen Werkes. (Lebhafter Beifall). Diese Gesetzgebung wird eines der schönsten Blätter der deutschen Geschichte bilden. Lassen Sie sich, m. H., bei ihren Arbeiten leiten von dem Satze: „Liebet die Brüder!" (Lebhafter Beifall). — Grillenberger (soz.): Goldene Worte haben wir genug vernommen, aber es fehlt noch an den goldenen Thaten. Man wolle den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Sozialreform heiße: den Antheil der Arbeiter an der produktiven Arbeit erhöhen; aber diese Vorlage sei wesentlich nur Armengesetzgebung. Die Kranken- und Unfallversicherung sei viel zu gut, als daß diese Vorlage als die Krönung jener bezeichnet werden könne. Am besten wäre es, die Vorlage einfach abzulehnen, da sie nur die Armenpflege anderweit regele, und zwar unter größerer Belastung der Arbeiter. Bei einer Altersversicherung müsse man auch die Versicherung Derjenigen anstreben, zu deren Unterhalt der Unterstützungsbedürftige verpflichtet sei. Die Kreise der unter das Unfallversicherungsgesetz Fallenden seien zu erweitern. Mit der Beseitigung der Berufsgenossenschaften sei er einverstanden, denn diese seien nur Organisationen der Unternehmer. Sie hätten es auch vielfach dahin gebracht, daß als Entschädigung in Folge von Unfällen ganz unzureichende Beträge gezahlt würden. Ließe man den Berufsgenossenschaften auch die Verwaltung der Invalidenversorgung, so würden sie sich bemühen, alle Lasten der Unfallversicherung auf die Invalidenversicherung abzuwälzen, namentlich wenn für die letztere das Umlageverfahren angenommen würde. Das Markensystem sei nicht praktisch. Es wäre nur anwendbar, wenn ein einziger Entschädigungssatz bestünde. Die ganze vorgeschlagene Organisationsform bekunde, daß man das Wahlrecht der Arbeiter fürchte. Seine Freunde würden eine Reichsversicherungsanstalt auf der Grundlage der kommunalen Verbände nach Art der Organisation der freien Hilfskassen beantragen. Der Reichsbeitrag sei nicht hoch genug. Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von nur 750 Mk. müßten beitragsfrei bleiben; ihre Beiträge müßte das Reich bezahlen. Die aufgestellte Beitragsberechnung sei unrichtig; man solle zunächst eine Arbeiterstatistik veranlassen. Jedenfalls würden die Arbeiter lieber einen höheren Beitrag bezahlen, wenn sie früher in den Genuß der Rente kämen. Die richtige Altersgrenze wäre das 60., besser noch das 56. Lebensjahr. Die Rente sei zu gering; für die Armenpflege müßte ja mehr aufgewendet werden. Mit solchem Elende, daß dem Arbeiter für sein Alter gezeigt werde, wolle man ihn der sozialistischen Bewegung entfremden? Die Lohnklassen seien sehr gut möglich, sie bestünden in Bayern. Der Begriff der Invalidität sei nach der Vorlage zu dehnbar. Invalid werde, wer täglich nicht mehr den Satz der Rente verdienen könne. Es werde sich immer Gelegenheit finden einem solchen alten Arbeiter einen Tagesverdienst von 30 bis 40 Pfennigen zukommen zu lassen. Dadurch würden die Arbeitslöhne gedrückt. Für die Halb-Invaliden sei gar nicht gesorgt. Jugendlichen Arbeiterinnen und Dienstboten, die sich später verheirathen, sollte die Hälfte der Beiträge zurückerstattet werden. Durch Kapitalansammlungen würde der Zinsfuß gedrückt. Die Edelsten der Nation würden billige Hypotheken erhalten. Der Mißbrauch der Quittungsbücher lasse sich nicht hindern, so lange der Arbeitgeber das Buch in die Hände bekomme. Das Quittungsbuch allein mache das Gesetz unannehmbar. — Badischer Bundesbevollmächtigter Frhr. v. Marschall: Im Ernste werde Niemand glauben, daß es sich um eine verbesserte Armenpflege für 13 Mill. Bürger handele. Der Unterschied zwischen Almosen und Invalidenrente sei derart, daß beide gar nicht verwechselt werden könnten. Die Arbeiter werden bald erkennen, daß die Vorlage ihnen in einem Jahre mehr bringt, als die ganze Sozialdemokratie bisher. — Weiterberathung morgen 11 Uhr.

Berlin. Der Kaiser unternahm heute eine Ausfahrt und stattete der Kaiserin Augusta einen Gegenbesuch ab. — Staatssekretär Graf Bismarck ist gestern nach Friedrichsruh gereist. Es verlautet, es hänge die Reise mit Kolonial-Angelegenheiten zusammen. — Die Budgetkommission des Reichstages beendete die Berathung der einmaligen Ausgaben des preußischen Militär-Etats und strich die Posten für Erweiterung des Exercierplatzes bei Altona und für den Umbau eines Dienstgebäudes für die Artillerie-Prüfungskommission in Berlin.

Berlin. Prinz Albert von Sachsen-Altenburg ist zum Nachfolger des Generals v. Winterfeldt auf den Gouverneurposten von Mainz, dessen bisheriger Inhaber sein Abschiedsgesuch eingereicht hat, bestimmt. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will wegen der tumultuarischen Vorgänge nach Schluß der Singer'schen Volksversammlung vom Freitage eine Interpellation einbringen. — Dem „Tagebl." wird aus Sansibar gemeldet: Die Blokade an der ganzen Küste des Sultanats ist in Wirksamkeit getreten. Den ersten thatsächlichen Erfolg hat die deutsche Kreuzer-Fregatte „Carola" zu verzeichnen, welche bereits eine mit Sklaven vollgepfropfte arabische Dhau abgefangen hat. Der Aufstand an der Küste ist neuerdings ersichtlich in der Zunahme begriffen.

Berlin. Der Magistrat hat das Projekt der Verbreiterung der Friedrichstraße für jetzt fallen gelassen, weil die Kosten, 3½ Millionen, zu hoch sind und die Pferdebahngesellschaft 3½ Mill. nicht beisteuern will.

Paris. In vergangener Nacht wurde ein Dynamitanschlag gegen das Stellenvermittelungsbureau für Kellner in der Straße St. Denis versucht. Die brennende Lunte konnte rechtzeitig ge-

Closets jeder Art für Haus und Zimmer empfiehlt billigst die Fabrik von Friedr. Gappisch, Fleischhofpl. 9. Fernsprecher 1743.